

# Protokoll des Vortreffens zur Demo „Freiheit statt Angst“ vom 03.05.09

---

## Tagesordnung

1. Vorschlag der Tagesordnung
2. Vorstellungsrunde
3. Termindiskussion
4. Unterstützer
5. Aufruf / Ziele
6. Weiterer Kontakt
7. Reden
8. Anlage
9. Flyer
10. Ingelheimer Demo (Link)
11. Gema / Musik
12. Ansprechpartner/Presse
13. Ordner
14. Nächster Termin

### Zu 1. + 2.

Nachdem die Tagesordnung vorgeschlagen und abgenommen wurde, fand eine kurze allgemeine Vorstellungsrunde statt.

### Zu 3.

Aufgrund einer Terminkollision u.a. mit einer Demo in Ingelheim wird die Demo auf 10:00 bis 13:00 vorverlegt, um den Teilnehmer die Möglichkeit zu geben auch in Ingelheim an der Demo teilzunehmen. Die Route der Demo wird verändert. Start- und Zielort sind nun jeweils der Mainzer HbF. Als abschließenden Kundgebungsort wird Kaiserstr./Kreisecke als Abschlusskundgebungsort in Betracht gezogen. Hängt jedoch von der endgültigen Route ab.

Angelo kümmert sich um die Ab-/An-/Ummeldung der Demo.

### Zu 4.

- Florian fragt beim Asta mainz nach Unterstützung!
- Silvan beim ASTA KL
- Ansonsten sollen auch andere evt. Interessierte Organisationen (u.a. auch die LSV), Parteien etc. angesprochen werden
- Es wird beschlossen NICHT die REPs anzufragen
- Der Aktuelle Stand der Anfragen ist unter [mainz.freiheitstattangst.de](http://mainz.freiheitstattangst.de) ersichtlich

## Zu 5.

Nach einer allgemeinen Diskussion wurde folgender Aufruf beschlossen:

### **Freedom Not Fear – Freiheit statt Angst!**

Gegen Überwachung und Totalprotokollierung in Mainz, Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet,

Deutschland und überall sonst auf der Welt!

#### *Aufruf zur Demo am 6. Juni in Mainz*

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind - der "große Bruder" Staat und die "kleinen Brüder und Schwestern" aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Der daraus resultierende Mangel an Privatsphäre und Vertraulichkeit gefährdet die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Informationsfreiheit, die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, die Pressefreiheit, die Koalitionsfreiheit, den sozialen Frieden in den Unternehmen, die Arbeit von Ärzten, Beratungsdiensten und Rechtsanwälten. Die vielfältige Agenda der Reform des Sicherheitssektors umfasst die Aufhebung der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär, und gefährdet damit die Gewaltenteilung und -balance.

Unter Einsatz von Massen-Überwachungstechnologie führt die grenzenlose Zusammenarbeit von Militär, Geheimdiensten und Polizei-Behörden zu einer "Festung Europa", die sich gegen Flüchtlinge und anders aussehende Menschen richtet, aber zum Beispiel auch politisch aktive, arme und unterprivilegierte Menschen und Sportfans betrifft.

Massenüberwachung gefährdet die Arbeit und das Engagement von Organisationen der Zivilgesellschaft. Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können sich nicht unbefangen und mutig für ihre Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Massenüberwachung untergräbt damit die Basis einer demokratischen und integrativen Gesellschaft.

Überwachung, Misstrauen und Angst verändern unsere Gesellschaft schrittweise in eine Gesellschaft unkritischer Verbraucher, die "nichts zu verbergen haben" und dem Staat gegenüber - zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit - ihre Freiheitsrechte aufgeben.

Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Wir wissen, dass der Respekt vor unserer Privatsphäre einen wichtigen Teil unserer Menschenwürde darstellt. Eine freie und offene Gesellschaft kann ohne bedingungslos private Räume und Kommunikation nicht existieren. Die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung bietet keinen verbesserten Schutz vor Kriminalität. Sie kostet Millionen von Euro und gefährdet die Privatsphäre unschuldiger Bürger. Wo Angst und Aktionismus regieren, bleiben gezielte und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit - nicht zuletzt vor staatlicher Repression - auf der Strecke. Ebenso wie ein Angehen der wirklichen, alltäglichen Probleme der Menschen: beispielsweise das

soziale Ungleichgewicht, der unzureichende Schutz von abhängig Beschäftigten, Umwelt- und Klimaprobleme und Rassismus.

Um gegen Sicherheitswahn und die ausufernde Überwachung zu protestieren, fordern wir auf, am 6. Juni in Mainz auf die Straße zu gehen. Wir wollen im Superwahljahr 2009 zeigen, dass wir eine Politik der Angst, der Kontrolle und Überwachung nicht tolerieren - nicht von dieser und nicht von der nächsten Regierung, nicht in der EU, nicht im Bundestag und auch nicht auf kommunaler Ebene! Wir rufen alle Menschen aus Mainz, Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und überall anders dazu auf, sich unserem friedlichen Protest anzuschließen.

Wir freuen uns auf die Unterstützung von Organisationen und Privatpersonen – einfach eine Mail an: [demo-mainz@vorratsdatenspeicherung.de](mailto:demo-mainz@vorratsdatenspeicherung.de)

Es wird beschlossen, die Änderungen des zu ursprünglichen Aufruf bis Montag, den 04.05.2009 auf der Wikiseite: [mainz.freiheitstattangst.de](http://mainz.freiheitstattangst.de) zu veröffentlichen.

Es wurden folgende Forderungen beschlossen:

**1. Überwachung abbauen, Grundrechte schützen**

- Abschaffung der Totalprotokollierung von Telefon-, Handy- und Internet-Verbindungen (Vorratsdatenspeicherung)
- Abschaffung von biometrischen Daten in Pässen und Ausweisen (z.B. Fingerabdrücken). Keine RFID-Chips in Ausweisdokumente!
- Abschaffung der flächendeckenden Sammlung genetischer Daten
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raums, keine automatische Gesichts- und Verhaltenskontrolle
- Abschaffung der Anti-Terror-Datei, der Visa-Warndatei und anderer undemokratischer Datenbanken
- Keine geheimdienstlichen oder exekutiven Befugnisse für das BKA
- Kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen
- Keine Finanzierung neuer Überwachungstechniken
- Keine Vorratsspeicherung von Passagierdaten (PNR-Daten)
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Datenschutz
- Keine geheime Durchsuchung von Privatcomputern - weder online noch offline
- Keine pauschale Überwachung und Filterung von Internet-Kommunikation (geplantes EU-Telekom-Paket)
- Stopp der Elektronischen Gesundheitskarte
- Stopp der Einschränkungen des Versammlungsrechts

**2. Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse**

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und schädliche Nebenwirkungen.

**3. Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse**

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

**4. Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet**

- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet.
- Entfernung von Internet-Inhalten nur auf Anordnung unabhängiger und unparteiischer Richter.
- Gewährleistung eines zensurfreien Internets
- Schutz vor willkürlicher Sperrung des Internets (Three-Strikes-Out)

- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte, das heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien ist.
- Schutz von Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche Selbstzensur begünstigen (abschreckende Wirkung).

### **Zu 6. Weiterer Kontakt:**

Es wird beschlossen, dass der direkte E-mailkontakt bevorzugt wird. Als Plattform dient der Emailverteiler des AK-Vorrat.

### **Zu 7.**

Es wird beschlossen die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen.

Parteiredner sind erwünscht, werden jedoch aufgefordert keine Wahlwerbung zu betreiben, auch unter dem Hintergrund, dass am nächsten Tag EU-Wahl ist.

### **Zu 8.**

Anlage+LKW wird mit Bündnis in Ingelheim abgeklärt und evt. Kombiniert.

Walter fragt jedoch trotzdem Knut nach „Bühnen“wagen für die Demo.

### **Zu 9.**

Flyer wird von Angelo fertig entworfen...

- Bündnispartner stehen nicht auf dem Flyer
- Auf die Vorderseite kommt das Bild:  
[http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Bild:FSA\\_Mainz\\_a6flyer\\_entwurf.png](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Bild:FSA_Mainz_a6flyer_entwurf.png)
- Auf die Rückseite die Forderungen
- Daten auf der Vorderseite werden noch etwas hervorgehoben

### **Zu. 10**

Der Link der Ingelheimer Demo ist:

<http://www.abschiebeknast-ingelheim.de/>

### **Zu 11.**

Es wird beschlossen nur Gemafreie Musik zu verwenden. Die Grüne Jugend fragt jedoch trotzdem bei ihrer Zentrale wegen evt. Gemarechten an.

### **Zu 12.**

Angelo richtet eine Telefonnummer ein und ist auch Ansprechpartner für die Presse bzw. die erste Kontaktaufnahme mit evt. Unterstützern

### **Zu 13.**

Pro 30 Teilnehmer wird ein Ordner benötigt, da mit ca. 300 Teilnehmern gerechnet wird, werden 10 Ordner benötigt

### **Zu 14.**

Als nächster Termin für das Bündnispartner-Treffen ist Sonntag, 17.5. um 18 als Ort wird entweder DGB-Haus oder im Notfall Kreativfabrik genutzt. Das DGB-Haus sollte jedoch bevorzugt werden.